

Israels Plan, den Iran anzugreifen, und Ukraines Operation Spinnennetz

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank, dass Sie heute wieder dabei sind, und willkommen zurück zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Moderator Zain Raza. Bevor ich mit diesem Interview beginne, möchte ich Sie daran erinnern, unseren alternativen Kanälen auf Rumble und Telegram beizutreten. YouTube, welches zu Google gehört, kann uns jederzeit shadowbannen und zensieren, insbesondere angesichts unserer kritischen Berichterstattung zu Themen wie der Ukraine und Israel. Wir bieten Ihnen eine Perspektive, die Sie in den Leitmedien nicht finden werden. Sollte es jemals dazu kommen, können wir Sie selbst mit einer Ankündigung nicht mehr erreichen. Besuchen Sie daher bitte die Beschreibung dieses Videos, klicken Sie auf die Links zu unseren Rumble- und Telegram-Kanälen und abonnieren Sie diese noch heute. Heute spreche ich mit dem unabhängigen Journalisten und Anwalt Dimitri Lascaris. Als Anwalt konzentriert sich Dimitri auf Sammelklagen, Menschenrechte und internationales Recht. Als Journalist betreibt er den YouTube-Kanal Reason2Resist. Dimitri, willkommen zurück in der Sendung.

Dimitri Lascaris (DL): Danke, dass ich wieder dabei sein darf, Zain.

ZR: Beginnen wir mit einigen aktuellen Entwicklungen zum Iran, wo die Spannungen stark eskaliert sind. Stand heute, dem 12. Juni, bereiten sich die USA und der Iran auf sechs Runden indirekter Gespräche in Oman vor, nachdem bereits im April fünf Runden stattfanden. Diese Gespräche scheinen jedoch festgefahren zu sein. Die USA bestehen darauf, dass der Iran kein Uran anreichern darf, während Teheran unter Berufung auf den Atomwaffensperrvertrag auf seinem souveränen Recht auf Anreicherung besteht. Erst heute hat die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) mit ihrem Gouverneursrat erklärt, dass der Iran gegen seine nuklearen Verpflichtungen verstoßen habe, weil er Inspektoren behindert

und keine Erklärung für Uran-Spuren an nicht gemeldeten Standorten abgegeben habe. Als Reaktion darauf kündigte der Iran Pläne zum Bau einer dritten unterirdischen Anreicherungsanlage und zum Einsatz modernerer Zentrifugen an, um sein Atomprogramm zu beschleunigen. Parallel zu diesen Entwicklungen soll Israel laut CBS News, The Times UK und anderen Quellen mit oder ohne Unterstützung der USA militärische Pläne für einen Angriff auf iranische Atomanlagen finalisieren. Als Vorsichtsmaßnahme haben die USA alle nicht unbedingt notwendigen Mitarbeiter ihrer Botschaften aus dem Iran, Bahrain und Kuwait evakuiert. Daraufhin hat das iranische Verteidigungsministerium öffentlich gewarnt, dass jeder Angriff direkte Vergeltungsmaßnahmen gegen US-Stützpunkte im gesamten Nahen Osten nach sich ziehen würde. Vor dem Hintergrund der festgefahrenen Diplomatie, der formellen internationalen Sicherstellung durch die IAEA und der eskalierenden militärischen Drohungen scheint die Region in eine Phase gefährlicher Unsicherheit einzutreten. Sind wir angesichts dieser Entwicklungen nun wirklich auf dem Weg zu einer militärischen Konfrontation mit dem Iran? Wie wird sich die Lage Ihrer Meinung nach entwickeln und was würde ein Krieg mit dem Iran für die Welt bedeuten?

DL: Ja, wir stehen kurz vor einem Krieg mit dem Iran, und das ist völlig vorhersehbar. Einige von uns, darunter auch ich, sagen schon seit Jahren, dass wir auf einen Krieg mit dem Iran zusteuern. Kommen wir erst zu diesen sogenannten Verhandlungen. Die Iraner haben völlig Recht, dass sie gemäß dem Atomwaffensperrvertrag dazu berechtigt sind, Uran für friedliche Energiezwecke oder medizinische Zwecke anzureichern. Wie Sie wissen, spielt angereichertes Uran dabei eine wichtige Rolle. Das derzeitige Problem mit dem Anreicherungsgrad im Iran wurde durch den Ausstieg der ersten Trump-Regierung aus dem Atomabkommen der Obama-Ära verschärft, das damals von der IAEA zertifiziert worden war. Der Iran hat sich daran gehalten und die Anreicherung auf 3,67 % begrenzt, obwohl für einen zivilen Atomreaktor für friedliche Zwecke in der Regel eine Anreicherung von etwa fünf Prozent erforderlich ist. Der Iran hat also sehr strenge Auflagen akzeptiert und eingehalten, und er hat das Recht auf Anreicherung für friedliche Zwecke, doch die Trump-Regierung versucht, dieses Recht zu nehmen, obwohl sie selbst bis an die Zähne mit Atomwaffen bewaffnet ist und den einzigen Staat in der Geschichte der Menschheit vertritt, der diese monströsen Waffen tatsächlich eingesetzt und gegen die Zivilbevölkerung in Japan eingesetzt hat. Darüber hinaus schützt die Trump-Regierung, wie jede einzelne US-Regierung seit den 1960er Jahren, Israel, das über genügend Atomwaffen verfügt, um einen nuklearen Winter auszulösen, der potenziell Milliarden von Menschen töten könnte, und das kein Mitglied des Atomwaffensperrvertrags ist und damit auch der einzige Staat im Nahen Osten, der diesem Vertrag nicht beigetreten ist. Wenn man also in der Position des Iran ist, kann man nur über die Forderung spotten, die friedliche Anreicherung von Uran für zivile Zwecke aufzugeben. Tatsächlich war ich vor einigen Wochen im Iran, Zain, wie viele Ihrer Zuschauer vielleicht wissen. Zusammen mit anderen internationalen Journalisten habe ich mit dem Sprecher der iranischen Atomenergiebehörde gesprochen. Und sie haben unmissverständlich erklärt, dass sie die Anreicherung nicht aufgeben werden. Sie wollen keinen Krieg, aber wenn sie einen Krieg führen müssen, um dieses Recht zu verteidigen, sind sie dazu bereit.

Ich glaube nicht, dass es in den Vereinigten Staaten einen einzigen vernünftigen Menschen gibt – ich weiß nicht, ob es in der US-Regierung welche gibt, oder ob es in der US-Regierung überhaupt vernünftige Akteure gibt –, der glaubt, dass der Iran in dieser Phase Trumps jüngster Forderung, die Anreicherung vollständig aufzugeben, nachgeben wird. Und ich denke – und das ist das Letzte, was ich dazu sagen werde –, dass das alles nur Theater ist. Die Trump-Regierung weiß ganz genau, dass die Mehrheit der Amerikaner keinen Krieg gegen den Iran führen will. Das hat auch erst kürzlich eine Umfrage gezeigt, in der eine große Mehrheit dieser Meinung war. Und die Regierung versucht dennoch, einen illegalen Angriffskrieg gegen den Iran zu rechtfertigen. Sie will sagen können: Wir haben versucht, ein Friedensabkommen mit den Iranern zu erzielen, wir haben alle möglichen Anstrengungen unternommen, um das Abkommen zustande zu bringen, wir wollten keinen Krieg, aber die Iraner waren einfach völlig und absolut unvernünftig. Und wir haben sogar den Israelis erklärt, dass wir nicht glauben, dass dies der richtige Zeitpunkt für einen Angriff ist, aber Israel befindet sich in einer schwierigen Lage. Und was sollen wir jetzt tun, nachdem die Israelis den Iran angegriffen haben? Wir haben keine andere Wahl, als sie zu unterstützen. Das ist die Erzählung, die sie konstruieren. Diese Verhandlungen sollen zu keinem Abkommen führen. Und tatsächlich hat das am Ende des Tages nichts mit dem Atomwaffenprogramm des Iran zu tun, denn wie Tulsi Gabbard selbst, die Direktorin des Nationalen Geheimdienstes, in der Bedrohungsanalyse der US-Regierung für 2025 eingeräumt hat, strebt der Iran nicht den Bau einer Atombombe an. Worum geht es also? Es geht um Zerstörung. Es geht darum, einen gescheiterten Staat zu schaffen, wo derzeit der Iran existiert, so wie sie es in Libyen getan haben, wie sie es in Afghanistan getan haben, wie sie es in Syrien getan haben, wie sie es jetzt im Libanon tun – wenn man in einem Teil der Welt, den man kontrollieren will, kein Regime an die Macht bringen kann, dann zerstört man einfach das Land. Das ist es, was man tut – und sie haben es immer und immer wieder getan. Was sie hier also wirklich versuchen, ist nicht, ein fiktives Atomwaffenprogramm im Iran zu zerstören, sondern den Iran selbst.

ZR: Meinen Sie nicht, dass über die Folgen reflektiert wurde, als der Irak, Libyen, Afghanistan und Syrien zerstört wurden? Es gab eine riesige Flüchtlingskrise, die auf Europa zukam. Wir haben den Aufstieg rechtsextremer Parteien erlebt. Wir haben den Aufstieg des Extremismus in der Region gesehen, insbesondere des sunnitischen Extremismus. Meinen Sie nicht, dass ein Angriff auf den Iran nicht nur eine Flüchtlingskrise auslösen könnte, sondern auch einen dritten Weltkrieg, angesichts der strategischen Partnerschaften, die der Iran mit China und Russland unterhält? Und dazu kommt noch, dass China ein Abkommen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran vermittelt hat, um sicherzustellen, dass sie ihre Stellvertreterkriege beenden und diplomatische Beziehungen aufnehmen. Denken Sie das nicht auch, dass dies den Nahen Osten komplett in Flammen aufgehen lassen würde, was sowohl für die Europäer als auch für die Amerikaner in Bezug auf die Ölpreise und die wirtschaftliche Lage kontraproduktiv wäre? Was ist also der Grund für diese israelische Handeln? Was würde mit der Welt, wie wir sie kennen, passieren?

DL: Es ist nicht abzusehen, was passieren wird. Ich stimme Ihnen in allem zu. Ein Krieg gegen den Iran hätte wahrscheinlich genau diese Folgen: eine erneute und beispiellose

Flüchtlingskrise im östlichen Mittelmeerraum, schwerwiegende Schläge für die Weltwirtschaft aufgrund steigender Öl- und Gaspreise, unzählige Tote. Sogar Israel selbst läuft Gefahr, verheerende Schäden zu erleiden. Diejenigen, denen nur die Zukunft der zionistischen Entität am Herzen liegt, sollten sich ernsthaft Gedanken darüber machen, wohin das alles führt. Man könnte noch viel mehr aufzählen. Es werden viele Amerikaner sterben, da viele von ihnen in Stützpunkten stationiert sind, die den Hyperschallraketen der Islamischen Republik völlig schutzlos ausgeliefert sind. Es ist also eine schreckliche Vorstellung. Aber wissen Sie, Zain, ich glaube, die Regierung der Vereinigten Staaten hat ebenso wie die israelische Regierung immer wieder bewiesen, dass es sie nicht sonderlich interessiert, wie ihre Handlungen unschuldige Menschen oder andere Teile der Welt, darunter insbesondere Europa, beeinträchtigen. Die Biden-Regierung und die Trump-Regierung verfolgen in der Ukraine-Kriegspolitik, wie ich bereits mehrfach zu erklären versucht habe, eine Politik, die den Interessen der einfachen Europäer zutiefst zuwiderläuft. Und jetzt sagen sie den Europäern, sie sollen jährlich 5 % ihres BIP, eine absolut schockierende Zahl, für das Militär ausgeben, obwohl es keine glaubwürdigen Beweise dafür gibt, dass irgendjemand die Absicht hat, die NATO-Mitglieder in Europa anzugreifen. Russland hatte in den letzten drei Jahren angesichts der Unterstützung der NATO für die Ukraine allen Grund, einen NATO-Staat anzugreifen, und hat es nicht getan. Und ich denke, die Russen sind intelligent genug, um zu verstehen, dass sie wahrscheinlich einen Atomkrieg auslösen würden, wenn sie ein NATO-Land angreifen würden. Genau deshalb haben sie es trotz aller Unterstützung für die Ukraine nicht getan. Das ist also alles eine Farce. Diese 5 % des BIP, die zum Schutz der europäischen Staaten notwendig sind, werden dazu führen, dass die europäischen Regierungen Gelder aus sozial nützlichen Bereichen in die militärisch-industrielle Toilette umleiten müssen, wie ich es gerne nenne. Sie kümmern sich nicht um Europa. Sie kümmern sich nicht um die einfachen Bürger. Sie kümmern sich ganz sicher nicht um die Völker Westasiens. Alles, was sie interessiert, ist die Vorherrschaft über die Region und ihre strategischen Handelswege sowie ihre riesigen Öl- und Gasvorkommen. Das ist alles, was ihnen wichtig ist. Und jeden, der sich ihnen in den Weg stellt, werden sie auf die nur erdenklich brutalste Weise vernichten. Das ist die Welt, in der wir derzeit leben. Die gute Nachricht ist, dass wir das verhindern können, wenn wir gemeinsam handeln und entschlossen sind, unsere Regierungen von diesem Weg abhalten. Bislang haben wir jedoch noch nicht den Widerstand gezeigt, der notwendig ist, um dies zu verhindern.

ZR: Kommen wir zur Ukraine. Am 1. Juni begann die Ukraine die Operation „Spiderweb“ – eine verdeckte Operation, bei der 117 Drohnen, die nach Russland geschmuggelt worden waren, eingesetzt wurden. Der koordinierte Angriff traf fünf Luftwaffenstützpunkte in ganz Russland. Westliche Medien behaupten, dass etwa 40 russische Militärflugzeuge beschädigt oder zerstört wurden, was etwa 10 % der strategischen Bomberflotte Russlands entspricht und Verluste und Schäden in Höhe von bis zu 7 Milliarden Dollar verursacht hat. Einige Berichte deuten auch darauf hin, dass die Ukraine Angriffe auf die Eisenbahninfrastruktur und Brücken innerhalb Russlands orchestriert hat, obwohl die Details noch begrenzt sind. In den folgenden Tagen reagierte Russland mit einem intensiven Raketen- und Drohnenangriff auf zivile Infrastruktureinrichtungen in der Ukraine und traf dabei große Ballungszentren wie Kiew, Odessa, Charkiw und andere. Auf diplomatischer Ebene fand am 2. Juni, einen Tag

nach der Operation „Spiderweb“, die zweite Verhandlungs runde zwischen Kiew und Moskau in Istanbul statt. Die Gespräche dauerten kaum eine Stunde und führten zu keinem Waffenstillstand oder langfristigen Friedensplan, befassten sich jedoch mit dem Austausch von Kriegsgefangenen. Bis zum 9. Juni wurden rund 500 Kriegsgefangene – schwer verwundet, krank und im Alter von 18 bis 25 Jahren – freigelassen. Die Ukraine hat eine dritte Gesprächsrunde in Istanbul zwischen dem 20. und 30. Juni vorgeschlagen, Russland hat seine Teilnahme jedoch noch nicht bestätigt. Können Sie die Bedeutung der Operation „Spiderweb“ und ihre Auswirkungen auf die künftigen Friedensgespräche erläutern?

DL: Ja, derzeit finden in den internationalen Beziehungen des Westens drei Kabuki-Theaterstücke gleichzeitig statt. Das erste ist, wie bereits erwähnt, die sogenannten Friedensverhandlungen mit dem Iran, die zum Scheitern verurteilt sind. Das zweite ist der angebliche Druck, den die Trump-Regierung auf Israel ausübt, um den Völkermord in Gaza zu beenden. Und das dritte sind die sogenannten Friedensgespräche in der Ukraine. Das ist alles Kabuki-Theater. Trump sagt zwar bis zum Überdruss, dass er den Krieg beenden will, aber was unternimmt er? Er schickt Waffen in die Ukraine, er versorgt die Ukraine mit militärischen Geheimdienstinformationen. Er hat Soldaten vor Ort, darunter viele Leute von der CIA und anderen westlichen Geheimdiensten, die die Ukrainer unterstützen. Er fordert ständig einen Waffenstillstand, obwohl Russland wiederholt erklärt hat, dass es ohne die Erfüllung seiner Kernforderungen keinen Waffenstillstand vereinbaren wird. Er weiß, dass die Russen das nicht tun werden, aber er besteht einfach weiter darauf. Und die Russen sehen das und sagen sich: Nun, sie werden das einfach als Gelegenheit nutzen, um das ukrainische Militär wieder aufzurüsten und mehr junge Ukrainer für den Kampf und den Tod auszubilden. Alles deutet also darauf hin, dass es der Trump-Regierung nicht ernst ist. Und ich denke, dass die Operation Spiderweb den letzten Nagel in den Sarg der Behauptung geschlagen hat, dass Trump versucht habe, den Krieg zu beenden. Die Vorstellung, dass die US-Regierung davon vorher nichts wusste, ist lächerlich. Sie wusste ganz sicher davon. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Trump keine Kenntnisse hatte, auch wenn er es leugnet. Und eines ist sicher: Die Trump-Regierung hat seitdem nichts unternommen, um die Ukraine zu zügeln. Hat sie das verurteilt? Hat sie gesagt, dass sie dies als unverantwortliche Eskalation, die einen Teil der russischen nuklearen Triade angreift, unmissverständlich verurteilt? Nein, das haben sie nicht getan. Was also wirklich vor sich geht, ist, dass Trump sich wieder einmal als Führer des Friedens, als Friedensstifter darstellt, während er hinter den Kulissen durch seine Handlungen zeigt, dass er entschlossen ist, den Krieg zu schüren und aufrechtzuerhalten. Und ich denke, dass die Situation für uns in Europa jetzt außerordentlich gefährlich geworden ist, gerade weil die Russen meiner Meinung nach jegliches Vertrauen in die Trump-Regierung verloren haben, diesen Krieg zu beenden. Und sie sehen, dass sie bereit sind, fast alles zu tun, um Russland in die Knie zu zwingen. Was auch immer man letztendlich über die Rechtfertigung oder die angebliche Rechtfertigung Russlands für dieses Vorgehen denken mag, man sollte zutiefst besorgt sein, dass diese Eskalation nicht aufhört und dass wir aufgrund von Operationen wie der Operation „Spiderweb“ auf einen direkten Konflikt zwischen der NATO und der Russischen Föderation zusteuern.

ZR: Halten Sie das Argument, dass Operation „Spiderweb“ zur Wiederherstellung des Gleichgewichts notwendig war, da Russland vorrückte und die Friedensgespräche nicht ernst nahm, für stichhaltig? Trump hat wiederholt versucht, Putin dazu zu bewegen, die Angriffe auf Bevölkerungszentren wie Kiew einzustellen, aber Putin hat nicht nachgegeben, sondern war mehr daran interessiert, so viel Territorium wie möglich zu erobern. Was halten Sie von diesem Argument?

DL: Alle Militärflugzeuge sind legitime Ziele, daher nehme ich dazu keine Stellung. Übrigens glaube ich auch nicht, die Angriffe auf diese Flugplätze seien Terrorismus gewesen, und Russland sieht das meiner Meinung nach auch nicht so. Aber nur weil etwas ein legitimes militärisches Ziel ist, heißt das noch lange nicht, dass ein Angriff klug ist. Wie hat Russland darauf reagiert? Hat es sich wieder an den Verhandlungstisch begeben und alle Zugeständnisse gemacht, die von ihnen verlangt wurden? Nein, Russland hat tatsächlich so reagiert, wie es jedes Mal auch, wenn so etwas getan wurde: Es hat seine Luftangriffe auf ukrainische Militärziele eskaliert. Das hilft also dem ukrainischen Volk nicht. Es verlängert einen Krieg, der ihr Land zerstört. Wenn diese Vorgehensweise tatsächlich dazu beitragen würde, die Kämpfe zu beenden, hätte man ein Argument, aber sie ist nicht wirksam. In diesem dreieinhalbjährigen Krieg hat sie sich zu keinem Zeitpunkt als wirksam erwiesen. Letztendlich wird also das ukrainische Volk selbst unter dieser Provokation leiden.

ZR: Wenden wir uns nun Israels Angriff auf Gaza zu. Seit dem 19. Mai haben westliche Staats- und Regierungschefs, darunter Kanada, Großbritannien, Frankreich und Neuseeland, eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der sie konkrete Maßnahmen androhten, sollte Israel seine Militäroperationen in Gaza nicht einstellen und die humanitären Beschränkungen lockern. Am 10. Juni folgten Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland und Norwegen mit gezielten Sanktionen, Einfrieren von Vermögenswerten und Reiseverboten gegen zwei wichtige rechtsextreme israelische Minister. Finanzminister Bezalel Smotrich und Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir. Vor kurzem reiste Israels Außenminister Gideon Sa'ar nach Berlin und traf sich mit dem deutschen Außenminister Johann Wadehul. Während des Besuchs kritisierte Wadehul scharf das Verhalten Israels und erklärte, dass die Ausweitung der Siedlungen im Westjordanland einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstelle. Er verwies auch auf das Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) aus dem Jahr 2024, in dem Israel angewiesen wurde, humanitäre Hilfe in den Gazastreifen zuzulassen. Trotz seiner Kritik bekräftigte Wadehul die fortgesetzte militärische Unterstützung Deutschlands für Israel und verwies dabei auf die historische Verantwortung Deutschlands als Grundlage für die fortgesetzten Waffenexporte. Unterdessen haben die USA Israel gegen diese Sanktionen vehement verteidigt. Außenminister Marco Rubio kritisierte die Maßnahmen als kontraproduktiv und bekräftigte das Engagement der USA für die militärische Hilfe für Israel. Wie beurteilen Sie die Haltung des Westens gegenüber Israel? Sehen wir hier einen Bruch, bei dem ein Staat eine andere Richtung einschlägt, während die anderen weiterhin entschlossen sind, Israel um jeden Preis zu unterstützen? Wie interpretieren Sie diese widersprüchlichen Entwicklungen?

DL: Wie es dazu kam, haben Sie dargelegt: Am 19. Mai haben fünf dieser Regierungen eine Warnung an Israel ausgesprochen – sie erklärten, solle Israel den Siedlungsausbau nicht stoppen, würden sie gezielte Sanktionen verhängen. Innerhalb von acht Tagen kündigte Israel dann die Errichtung von 22 neuen Siedlungen an. Dies wurde von israelischen Friedensgruppen als die größte einzelne Ausweitung des illegalen Siedlungsprogramms in der Geschichte der Siedlungen bezeichnet, die, glaube ich, 1968 begann. Kanada und diese vier anderen Staaten wurden nun in die Enge getrieben. Israel machte es ihnen praktisch unmöglich, zu sagen, dass sie ihrer Forderung nachkommen und ihre Drohung wahr machen würden. Was haben die westlichen Regierungen also getan? Meiner Meinung nach, Zain, haben sie das absolute Minimum unternommen. Sie haben die beiden extremsten Mitglieder eines Kabinetts ausgewählt, eines Kabinetts von Netanjahu, welches vollständig aus Rechtsextremen besteht. Es sind jedoch nicht nur diese beiden. Alle in diesem Kabinett unterstützen Israels Völkermord an den Palästinensern und die Ausweitung der Siedlungen. Keiner von ihnen widersetzt sich dem. Es gibt keine Anzeichen dafür. Sie alle sind tief in diese Kriegsverbrechen verstrickt. Und Netanjahu und der ehemalige israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant wurden vom IStGH angeklagt, und dennoch wurden sie nicht in diese Sanktionen einbezogen. Wie zu erwarten war, haben Smotrich und Ben-Gvir, die beiden, gegen die diese Sanktionen, diese Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten gerichtet waren, darüber gespottet und sie lächerlich gemacht. Und tatsächlich hat der außergewöhnliche israelische Journalist Gideon Levy gerade einen Artikel geschrieben, in dem er die Sanktionen als winzig und traurig bezeichnet. Er verspottet sie im Grunde genommen. Das war also das absolute Minimum. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass Declassified UK gerade berichtete, die Starmer-Regierung, die zu den fünf Regierungen gehört, die diese Sanktionen verhängt haben, habe zugegeben, dass sie israelisches Militärpersonal ausbildet und weiterhin massive Mengen an Waffen liefert, während Israel vor den Augen der Welt einen Völkermord begeht. Deutschland selbst ist, glaube ich, nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Waffenlieferant Israels. Auch Großbritannien ist ein wichtiger Lieferant, insbesondere über den Militärstützpunkt Akrotiri im Süden Zyperns. Sie geben also nur Lippenbekenntnisse ab. Wie ich bereits sagte, findet in diesem Teil der Welt ein Kabuki-Theater statt. Das Kabuki-Theater besteht darin, dass der Westen versucht, Israel zu zügeln, während er in seiner tatsächlichen Politik diesen Völkermord nicht nur zulässt, sondern sogar ermöglicht. Niemand sollte sich von diesen Sanktionen täuschen lassen. Sie werden den Völkermord nicht stoppen. Ich glaube nicht einmal, dass sie ihn verlangsamen werden. Die westlichen Regierungen wissen das.

ZR: Seit dem 12. Juni steht Gaza vor einer tiefgreifenden humanitären Katastrophe. Seit Oktober 2023 wurden über 55.000 Palästinenser getötet. Die Gefahr einer Hungersnot ist groß. Die Unterernährung, insbesondere unter Kindern, nimmt zu, und neben Massenvertreibungen herrscht ein akuter Mangel an Lebensmitteln, Wasser und medizinischer Versorgung. Um auf diese Katastrophe aufmerksam zu machen, startete am 1. Juni ein Schiff unter britischer Flagge namens Madleen, organisiert von der Freedom Flotilla Coalition, mit einer symbolischen humanitären Ladung – Reis, Babynahrung und medizinische Hilfsgüter – von Italien in See, begleitet von der Klimaaktivistin Greta Thunberg. Dieses Schiff wurde am 9. Juni in internationalen Gewässern von Israel

abgefangen. Alle Menschen an Bord wurden deportiert. Inmitten all dieser Ereignisse haben Israel und die Vereinigten Staaten auch die sogenannte Gaza Humanitarian Foundation ins Leben gerufen, ein alternatives System zur Verteilung von Hilfsgütern, das die UNRWA und andere etablierte Organisationen, darunter das Rote Kreuz, effektiv ersetzt hat. Die Gaza Humanitarian Foundation hat die Hamas wiederholt beschuldigt, ihre Konvois und Mitarbeiter angegriffen zu haben, darunter die Tötung von fünf bis acht Hilfskräften in der Nähe von Khan Younis am 11. Juni. Wie beurteilen Sie die Gaza Humanitarian Foundation? Glauben Sie, dass diese Organisation kompromittiert oder politisch instrumentalisiert ist? Und warum sind Israel und die USA Ihrer Meinung nach so sehr darauf bedacht, langjährige humanitäre Akteure wie die Vereinten Nationen und das Rote Kreuz zu marginalisieren?

DL: Die Gaza Aid Foundation, oder wie auch immer sie sich nennt, wurde vor kurzem in der Schweiz von jemandem gegründet, der Verbindungen zum Staat Israel hat. Die Organisation scheint – zumindest viele ihrer Mitarbeiter – aus amerikanischen Söldnern zu bestehen. Und genau so haben sie sich auch während dieser sogenannten humanitären Operationen in Gaza verhalten. Es gibt äußerst glaubwürdige Berichte über zahlreiche Massaker an hungernden Palästinensern, die sich an den Verteilungsstellen dieser sogenannten humanitären Organisation versammelt hatten, darunter Berichte von westlichen Medizinern, die vor Ort in Gaza sind. Es gibt auch ein Eingeständnis des Netanjahu-Regimes, dass es eine Gruppe innerhalb Gazas bewaffnet hat, die Hilfsgüter gestohlen hat und dort effektiv einen Krieg gegen die palästinensischen Militanten führt. Diese Behauptungen, dass die Hamas Hilfsgüter stiehlt, werden also nicht durch glaubwürdige unabhängige Beweise gestützt. Und was die Unterstützer des palästinensischen Volkes behaupten, steht in vollem Einklang mit dem bisherigen Verhalten Israels. Es hat viele humanitäre Helfer massakriert. Ich glaube, dass es mittlerweile Hunderte von UNRWA-Mitarbeitern sind, die seit dem 7. Oktober 2023 in Gaza durch israelische Angriffe getötet wurden. Wir haben gesehen, wie sie die Mitarbeiter von World Central Kitchen regelrecht hingerichtet haben, sie wie Tiere gejagt und in Gaza erschossen haben. Und dafür wurde niemand zur Rechenschaft gezogen, obwohl die Opfer überwiegend aus dem Westen stammten. Niemand sollte also Israels Darstellung der Ereignisse auch nur das geringste Gewicht beimessen. Es scheint, dass es humanitäre Hilfe als Köder benutzt. So unmenschlich ist dieses Regime. Es benutzt sie als Köder, um hungernde palästinensische Zivilisten an einem Ort zu versammeln, wo sie leichter in großer Zahl erschossen werden können.

ZR: Zu meiner letzten Frage: Wie Sie wissen, gab es große Hoffnungen auf Frieden, als Trump an die Macht kam. Es gab eine Strömung innerhalb der Republikanischen Partei, die von Persönlichkeiten wie Ron Paul ausging und während der Wahlen an Einfluss gewann. Und es gab die Hoffnung, dass diese Strömung frei von Neokonservatismus sei und Trump schließlich dazu veranlassen würde, zumindest in der Ukraine eine Art Frieden zu initiieren. Jetzt sehen wir jedoch, dass all dies auseinanderfällt, sei es in Gaza, Palästina, im Iran, in der Ukraine, in dem, was Sie als Kabuki-Theater bezeichnet haben. Wie wird sich das Ihrer Meinung nach in diesem Jahr entwickeln, und was sollten die Menschen jetzt tun, insbesondere angesichts der Schwierigkeiten, mit denen sie aufgrund der Inflation und der wirtschaftlichen Lage konfrontiert sind? Wie können wir uns engagieren und eine

Antikriegsbewegung ins Leben rufen, die all diese Probleme angeht und verhindert, dass die Welt in einen Dritten Weltkrieg abgleitet?

DL: Auch wenn ich gerade ziemlich kritisch war und zu all meiner Kritik an diesen Sanktionen stehe, Zain, gibt es doch zwei gute Nachrichten, mindestens zwei: Die erste ist, dass diese fünf Staaten eine rote Linie überwunden haben. Mir ist nicht bekannt, dass jemals eine westliche Regierung, selbst eine so schwache wie diese, Sanktionen gegen einen amtierenden oder sogar ehemaligen Minister der israelischen Regierung verhängt hat. Oder gegen eine westliche Regierung, trotz der Verbrechen, die westliche Regierungen im Laufe der Jahre begangen haben. Es gab diese kollektive fanatische Entschlossenheit, jede Form der Rechenschaftspflicht für die zivilen und militärischen Führer Israels zu vermeiden, und diese wurde gebrochen. Und so könnte dies der sprichwörtliche Riss im Damm werden, der ihn zum Einsturz bringt. Ob das geschieht, hängt nun allerdings von uns ab. Wir müssen mehr Druck ausüben, anstatt uns demotiviert zurückzulehnen und zu denken: Na ja, sie haben diese beiden Personen sanktioniert, und jetzt kommen sie ihrer Verantwortung nach. Nein, das tun sie nicht. Wir sollten dies als Beweis dafür sehen, dass Druck wirkt, aber dass der bisherige Druck nicht ausreichend war. Und die andere gute Nachricht sind die Umfrageergebnisse aus dem Westen, die bemerkenswert sind, weil sie die Haltung der Öffentlichkeit gegenüber Israel zeigen. Eine Umfrage, ich glaube, sie wurde von Pew durchgeführt, untersuchte die Antworten in 24 verschiedenen Ländern, davon 14 aus dem Westen, hauptsächlich aus Europa, gegenüber Israel. In jedem einzelnen dieser 14 westlichen Länder gab die Mehrheit an, eine negative Meinung von Israel zu haben, und nur ein sehr geringer Anteil, etwa 10 bis 20 % insgesamt, gab an, eine positive Meinung gegenüber Israel zu vertreten. Übrigens lag der Anteil der negativen Meinungen gegenüber Israel in Deutschland bei über 60 %, ich glaube, es waren 61 %. Selbst in den Vereinigten Staaten hatte eine Mehrheit von 53 % eine negative Meinung. Eine weitere Umfrage wurde gerade veröffentlicht, die zeigt, dass eine deutliche Mehrheit der Briten ein vollständiges Waffenembargo gegen Israel und auch den Ausschluss Israels aus den Vereinten Nationen unterstützt und nur ein sehr kleiner Anteil, weniger als 20 %, gegen diese Maßnahmen ist. Die letzte Umfrage, die ich erwähnen möchte, da ich heute hier in Kanada, in Montreal, bin, ist eine Umfrage, die gerade von Leger veröffentlicht wurde – das als das genaueste Meinungsforschungsinstitut Kanadas gilt – und die zeigt, dass 49 % der Kanadier glauben, dass Israel Völkermord begeht, während nur 21 % dieser Aussage nicht zustimmen. Die Zahl derjenigen, die sagen, dass Israel Völkermord begeht, ist also mehr als doppelt so hoch wie die derjenigen, die dem nicht zustimmen. Und wenn man sich die Umfrage genauer ansieht, stellt man fest, dass 54 % der Befragten angaben, die Ereignisse im Nahen Osten überhaupt nicht sehr genau zu verfolgen. Ich denke, das ist der Grund, warum immer noch etwa die Hälfte der Bevölkerung nicht der Aussage zustimmt, dass Israel Völkermord begeht, aber 49 % – das ist absolut beispiellos.

Die öffentliche Meinung wendet sich dramatisch gegen Israel. Es wird zunehmend zum meist verachteten Land der Welt. Und wenn wir Protestbewegungen sehen, die dieser wachsenden Erkenntnis entsprechen, dass wir seit Jahrzehnten die Gräueltaten Israels ermöglichen, dann könnte dieser Riss, wie ich es nenne, dieser sprichwörtliche Riss im Damm, plötzlich und

dramatisch zum Zusammenbruch der Staumauer führen. Und ich glaube, dass wir genau darauf zusteuern.

ZR: Dimitri Lascaris, unabhängiger Journalist und Menschenrechtsanwalt, vielen Dank, dass Sie sich heute wieder Zeit für uns genommen haben.

DL: Es ist mir immer ein Vergnügen. Danke, Zain.

ZR: Und vielen Dank, dass Sie heute eingeschaltet haben. Wenn Sie dieses Video bis zum Ende angesehen haben und unsere Videos regelmäßig verfolgen, unterstützen Sie bitte unseren Journalismus mit einer Spende. Wir nehmen kein Geld von Konzernen oder Regierungen und lassen auch keine Werbung zu, damit wir Ihnen Informationen liefern können, die frei von jeglicher Einflussnahme sind. Daher sind wir auf Sie, unsere Zuschauer, angewiesen, um unseren unabhängigen und kritischen Journalismus fortsetzen zu können. Journalismus, den Sie in den Leitmedien nicht hören werden. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und Ihr Interesse. Ich bin Ihr Moderator Zain Raza. Bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail: PayPal@acTVism.org
g

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVis>
m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org